

Bürgerantrag

Die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen stellen nach Artikel 87 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen an die Stadtbürgerschaft folgenden Bürgerantrag:

"Mit dem Antrag wird das Ziel verfolgt, öffentliche Flächen, die zurzeit ausschließlich von Autos besetzt sind, für alle Menschen zugänglich zu machen. Dabei geht es darum, eine Flächengerechtigkeit zugunsten anderer Verkehrsträger gegenüber dem Auto herzustellen. Somit kann mehr Fläche im öffentlichen Stadtraum von Menschen genutzt werden. Dies macht Städte attraktiv, belebt sie und wirkt sich positiv auf die Lebensqualität im urbanen Raum aus. Der Fokus des Antrages richtet sich auf Städte für Menschen, in denen es Freude bereitet, zu Fuß zu gehen und mit dem Fahrrad zu fahren. In denen mehr Platz für Bewegung, Spiel und Spaß, Aufenthalt und Austausch ist. Mehr Platz im öffentlichen Raum dient außerdem Nachbarschaften als Ort der Begegnung und belebt zurzeit noch zugeparkte Wohnstraßen.

Dadurch, dass mehr Platz im öffentlichen Raum geschaffen wird, kann nachhaltige Mobilität wie das Fahrradfahren und das Zu-Fuß-Gehen gefördert werden, indem breitere Rad- und Fußwege und weitere Straßen geschaffen werden. Damit verringert sich die Lärm- und Schadstoffbelastung in den Städten. Die Klimaziele der Bundesrepublik, den CO²-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, werden ohne eine radikale Änderung der Flächenverteilung und Priorisierung der Verkehrsmittel nicht erreicht.

Damit ein sozial- und umweltverträgliches, sicheres und gesundes Leben in Bremen möglich ist, sind eine gerechte Verteilung des öffentlichen Raums und Investitionen in die Rad- und Fußwegeinfrastruktur notwendig.

Als Vertrauenspersonen werden benannt:

Vertrauensperson	Milena Schulte c/o Platz da!, Westerstraße 58 28199 Bremen
1. stellvertretende Vertrauensperson	Sonja Gerling c/o BI Platz da!, Westerstraße 58 28199 Bremen
2. stellvertretende Vertrauensperson	Manuel Warrlich c/o BI Platz da! Westerstraße 58 28199 Bremen

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. geltende Parkverbote durchzusetzen. Dazu ist mehr Kontrollpersonal einzusetzen, sind häufigere und stadtweit Kontrollen durchzuführen und Fahrzeuge konsequent abzuschleppen, sodass in den innenstadtnahen

Stadtteilen bis 2020 der Anteil illegal parkender Autos dauerhaft mindestens unter zehn Prozent gesenkt wird. Der Senat hat der Stadtbürgerschaft regelmäßig über die aktuellen Zahlen zu berichten;

2. bis 2022 eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung zu realisieren und dafür innerhalb von zwölf Monaten unter Beteiligung der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung ein Konzept zu erstellen und der Stadtbürgerschaft vorzulegen. Orientierung für die Preisgestaltung sollen dabei die Preise des ÖPNV sein.
3. Bremen soll zukünftig wesentlich mehr Geld in den Fuß- und Radverkehr investieren, um Vorreiterstadt in Sachen zukunftsweisender Mobilität zu werden. Orientierung für den Umfang der Investitionen soll die Fahrradstadt Kopenhagen sein, die jährlich pro Bürgerin oder Bürger 36 Euro in den Radverkehr investiert. Zur Finanzierung sollen die Überschüsse der Parkraumbewirtschaftung herangezogen werden.“